

Hinweistexte zur Jahressteuerbescheinigung für das Jahr 2020

Seit dem Jahr 2009 ist eine Jahressteuerbescheinigung nach den Vorschriften zur Abgeltungsteuer auf dem amtlich vorgeschriebenen Muster zu erstellen. Inhalt, Aufbau und Reihenfolge der Angaben sind vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) mit Ergänzung vom 11.11.2016 zum Schreiben vom 03.12.2014 vorgegeben.

Die nachfolgenden Hinweise zu den Angaben in der Jahressteuerbescheinigung enthalten zunächst allgemeine Erläuterungen zu den Grundprinzipien der Abgeltungsteuer und die Beschreibung von einigen Einzelfällen. Ferner werden einige Sonderfälle beschrieben, bei denen keine Abgeltungswirkung des Kapitalertragsteuerabzug gegeben ist oder kein Kapitalertragsteuerabzug erfolgte und insoweit eine Einkommensteueranmeldung notwendig oder zweckmäßig erscheint. Im letzten Teil dieses Dokumentes stellen wir Ihnen die Grundzüge des ab dem 01.01.2018 geltenden neuen Investmentsteuergesetzes vor.

Die nachfolgenden Erläuterungen sollen den in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen Privatanlegern eine Orientierungshilfe bei den zunehmend komplizierter werdenden steuerlichen Regelungen bieten. Sie können jedoch eine umfassende und am Einzelfall orientierte steuerrechtliche Beratung nicht ersetzen, da die steuerlichen Auswirkungen jedes Investments bei jedem Anleger von seinen individuellen Verhältnissen abhängen. Der Privatanleger sollte daher im Zweifel den Rat eines mit seinen persönlichen Vermögens- und Steuerverhältnissen vertrauten, sach- und fachkundigen Rechts- oder Steuerberaters einholen.

Wir bitten Sie, die Jahressteuerbescheinigung sorgfältig aufzubewahren. Der Gesetzgeber hat die Ausstellung von Zweitschriften im Hinblick auf möglichen Missbrauch an erschwerende Auflagen gebunden. Wegen des damit verbundenen Verwaltungsaufwands sind wir gezwungen, für die Ausstellung von Zweitschriften eine Gebühr in Rechnung zu stellen.

1. Allgemeine Erläuterungen

1.1 Abgeltungswirkung der Kapitalertragsteuer

Im Zuge der Unternehmensteuerreform 2008 wurde die Einführung der Abgeltungsteuer mit einem einheitlichen Steuersatz in Höhe von 25 Prozent zzgl. Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer auf Kapitalerträge gem. § 32d EStG beschlossen. Die Abgeltungsteuer wird durch ein sogenanntes Quellensteuerabzugsverfahren seit dem 01.01.2009 erhoben und ersetzt das bis dahin geltende Besteuerungsverfahren von Kapitaleinkünften.

Zu den Kapitaleinkünften gehören beispielsweise:

- In- und ausländische Dividendenerträge
- In- und ausländische Zinserträge
- In- und ausländische Fondserträge
- Stillhalterprämien
- Veräußerungsgewinne aus Aktien
- Termingeschäftsgewinne
- Veräußerungsgewinne aus sonstigen Kapitalforderungen

Diese Einkünfte nach § 20 EStG stellen einen abzugspflichtigen Tatbestand dar. Die auszahlende Stelle (das depotführende Kreditinstitut) hat den Steuerabzug vorzunehmen und an das Finanzamt abzuführen (vgl. § 44 EStG). Damit sollte dem Grundsatz nach die Besteuerung der Kapitalerträge abgegolten sein. Es sind aber verschiedene nachfolgende Veranlagungsoptionen vom Steuerpflichtigen gegenüber dem Finanzamt zu beachten.

1.2 Pflichtveranlagung zum Abgeltungsteuersatz

Sollten steuerpflichtige Kapitalerträge nicht dem Kapitalertragsteuerabzug unterlegen haben, sind diese Erträge in der Steuererklärung anzugeben. Es besteht gem. § 32d (3) EStG in diesen Fällen eine Pflicht zur Veranlagung zum Abgeltungsteuersatz, z. B. für ausländische thesaurierte Fondserträge. Ist die beim Kapitalertragsteuerabzug angesetzte Bemessungsgrundlage (vgl. Punkt 2.1. zur Ersatzbemessungsgrundlage) kleiner als die tatsächlich erzielten Erträge kann die Finanzverwaltung aus Billigkeitsgründen auf die Pflichtveranlagung verzichten. Diese Möglichkeit besteht nur, wenn die Differenz nicht mehr als 500 Euro beträgt und keine weiteren Gründe für eine Veranlagung nach

§32d Abs.3 EStG vorliegen. Es ist dabei ausreichend, wenn lediglich die nicht dem Kapitalertragsteuerabzug unterliegenden Kapitalerträge erklärt werden, ohne die Erträge, von denen bereits der 25-prozentige Kapitalertragsteuerabzug zzgl. Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer seitens der Bank vorgenommen wurde (vgl. Punkt 1.6 zur Pflichtveranlagung aufgrund der Kirchensteuer).

1.3 Wahlveranlagung (optionale Veranlagung) zum Abgeltungssteuersatz

Für Kapitalerträge, die bereits dem Kapitalertragsteuerabzug unterlegen haben, kann gem. § 32d (4) EStG eine Steuerfestsetzung zum Abgeltungssteuersatz beantragt werden, um steuermindernde Tatbestände geltend zu machen. Beispiele für diese Tatbestände sind ein nicht bzw. nicht vollständig ausgenutzter Sparerpauschbetrag, die Korrektur der beim Kapitalertragsteuerabzug angewendeten 30-prozentigen Ersatzbemessungsgrundlage, die Anrechnung ausländischer Quellensteuer, die Berücksichtigung eines Verlusts oder Verlustvortrags, die Überprüfung des Steuereinhalts dem Grunde oder der Höhe nach.

1.4 Wahlveranlagung (optionale Veranlagung) zum individuellen Steuersatz – Günstigerprüfung

Sollte der individuelle Steuersatz einen Grenzsteuersatz von 25 Prozent unterschreiten, besteht nach § 32d (6) EStG die Möglichkeit, die Einkommensteueranmeldung unter Einbeziehung der Kapitalerträge zu beantragen. In diesem Fall sind sämtliche Kapitalerträge des Steuerjahres anzugeben, bei zusammen veranlagten Ehegatten gemeinsam für beide Ehegatten. Das Finanzamt ist verpflichtet, eine sogenannte Günstigerprüfung durchzuführen. Nur wenn die Veranlagung zu einer Steuererstattung führt, ist der individuelle Steuersatz anzuwenden. Ansonsten bleibt es bei der vorgenommenen Belastung mit 25 Prozent zzgl. Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer.

1.5 Werbungskostenabzug/Einheitlicher Sparer-Pauschbetrag

Der einheitliche Sparer-Pauschbetrag i. H. v. 801 Euro ersetzt den bisherigen Sparer-Freibetrag von i. H. v. 750 Euro und den Werbungskosten-Pauschbetrag i. H. v. 51 Euro, vgl. § 20 (9) Satz 1 EStG. Ehegatten wird nach § 20 (9) Satz 2 EStG ein gemeinsamer Sparer-Pauschbetrag gewährt, sofern sie zusammen zur Einkommensteuer veranlagt werden. Alle übrigen bislang als Werbungskosten qualifizierten Kosten (z. B. Zinsen, Depotentgelte) sind nicht mehr abzugsfähig. Als Ausnahme vom Werbungskostenabzugsverbot gelten nur die Anschaffungsnebenkosten und die Aufwendungen, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit dem Veräußerungsgeschäft stehen, vgl. § 20 (4) Satz 1 EStG, z. B. die Transaktionskosten. In diesem Zusammenhang dürfen aber auch bis zu 50 Prozent einer sogenannten All-in-Fee eines Vermögensverwaltungsvertrags als Transaktionskostenpauschale steuermindernd berücksichtigt werden, sofern die in der All-in-Fee enthaltene Transaktionskostenpauschale auf einer sachgerechten und nachprüfaren Berechnung beruht. Einzelveräußerungskosten können in diesem Fall nicht noch zusätzlich berücksichtigt werden. Die Regelung ist ebenfalls bei Beratungsverträgen mit All-in-Fee anwendbar.

1.6 Kirchensteuer

Seit dem 01.01.2015 wurde ein automatisiertes Kirchensteuer-Abzugsverfahren für alle an natürliche Personen ausgezahlte Kapitalerträge eingeführt. Der Kirchensteuereinbehalt ist seit diesem Zeitpunkt nicht mehr von einem Antrag des Steuerpflichtigen abhängig, sondern verpflichtend (§ 51a Abs. 2b – 2e EStG). Bei einem fehlenden Steuerabzug besteht gem. § 51a Abs. 2d EStG eine Veranlagungspflicht, ein Veranlagungswahlrecht hingegen bei unberechtigtem oder zu hohem Steuerabzug. Ausländische thesaurierte Fondserträge unterliegen weder dem Kirchensteuer- noch dem Kapitalertragsteuereinbehalt durch die inländische depotführende Stelle. In diesem Fall sind die steuerpflichtigen Erträge in der Einkommensteuererklärung anzugeben, um die Steuerfestsetzung zu gewährleisten (vgl. Punkt 1.2.). Die tatsächlich gezahlte Kirchensteuer ist in voller Höhe als Sonderausgabe abziehbar. Durch diesen Abzug mindert sich die zu entrichtende Kapitalertragsteuer, und es kann zu einer Erstattung bereits gezahlter Kapitalertragsteuer kommen.

Wir sind gesetzlich zur Abfrage der Kirchensteuerpflicht des Gläubigers der Kapitalerträge verpflichtet. Die Regelabfrage ist einmal jährlich im Zeitraum vom 1. September bis 31. Oktober stichtagsbezogen auf den 31. August des jeweiligen Jahres vorzunehmen. Auf die Regelabfrage teilt das Bundeszentralamt für Steuern der Bank die Zugehörigkeit zu einer steuererhebungsberechtigten Religionsgemeinschaft und den für die Religionsgemeinschaft geltenden Kirchensteuersatz mit. Der Kirchensteuersatz ist auch dann für den Steuerabzug verbindlich, wenn er sich nach dem Anfragezeitpunkt ändert. Der Anleger hat als Schuldner der Kapitalertragsteuer ein Widerspruchsrecht, das sich auf die Übermittlung von Daten zur Religionszugehörigkeit bezieht. Der

Datenweitergabe kann bis zum 30.06. eines Jahres widersprochen werden. Der Widerspruch ist direkt an das Bundeszentralamt für Steuern zu richten.
Rechtsgrundlage für dieses Verfahren ist der §51a Abs.2c, 2e EStG sowie die Kirchensteuergesetze der Länder.

1.7 Verlustverrechnungstöpfe

Veräußerungsverluste und andere negative Kapitalerträge, einschließlich gezahlter Stückzinsen sind gem. § 43a (3) Satz 2 EStG bis zur Höhe der positiven Kapitalerträge auszugleichen. Das bedeutet, dass positive und negative Kapitalerträge miteinander verrechnet werden dürfen. Aus dieser Verrechnung kann sich eine Erstattung oder eine Nichtbelastung mit Kapitalertragsteuer ergeben:

Beispiel 1

01.02. Zinsgutschrift	100,00 Euro
	– 26,38 Euro Kapitalertragsteuer inkl. Solidaritätszuschlag
	73,62 Euro

01.03. Anleihen-Veräußerungsverlust 100 Euro

Aufgrund des von der Bank vorzunehmenden Ausgleichs wird der Veräußerungsverlust in Höhe von 100 Euro mit der Bruttozinsgutschrift in Höhe von 100 Euro verrechnet. Der Kunde hat nach dieser Verrechnung keine steuerpflichtigen Einkünfte, sodass Kapitalertragsteuer inkl. Solidaritätszuschlag von 26,38 Euro erstattet wird.

Beispiel 2

01.04. Anleihen-Veräußerungsverlust	100 Euro
01.05. Zinsgutschrift	100 Euro

Aufgrund des von der Bank vorzunehmenden Ausgleichs wird der Veräußerungsverlust in Höhe von 100 Euro mit der Bruttozinsgutschrift in Höhe von 100 Euro verrechnet. Der Kunde hat nach dieser Verrechnung keine steuerpflichtigen Einkünfte, sodass keine Belastung mit Kapitalertragsteuer stattfindet.

Nicht ausgeglichene Verluste sind auf das nächste Kalenderjahr zu übertragen, und mit zukünftigen positiven Kapitalerträgen der Konten und Depots zu verrechnen (vgl. Punkt 1.9 zur ehedatengübergreifenden Verlustverrechnung sowie Punkt 1.10 zur einkommensteuerlichen Gleichstellung von Lebenspartnerschaften). Das heißt, es wird ein sogenannter Verlustvortrag auf Bankebene durchgeführt.

Anstatt des Übertrags auf das Folgejahr kann dieser „Verlustüberhang“ aber auch von dem Kreditinstitut bescheinigt werden, wenn der noch bestehende Verlust im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung mit weiteren positiven Kapitalerträgen (beispielsweise von Kapitalanlagen bei einer anderen Bank) verrechnet werden soll. Der unwiderrufliche Antrag auf die Erteilung dieser Bescheinigung muss nach § 43a (3) Satz 5 EStG bis zum 15.12. des laufenden Jahres dem Kreditinstitut zugehen. Durch die Ausübung dieses Wahlrechts wird der nicht ausgeglichene Verlust im Rahmen der Jahressteuerbescheinigung ausgewiesen und auf Ebene des Kreditinstituts gelöscht werden. Ein Wiederaufleben des bescheinigten Verlusts ist nicht möglich.

1.8 Verlustverrechnungssystematik

Durch das „Gesetz zur Einführung einer Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen“ vom 21.12.2019 sind im § 20 Abs. 6 EStG neben den schon bestehenden Verlustverrechnungsbeschränkungen auf die Einkunftsart „Einkünfte aus Kapitalvermögen“ (§ 20 EStG) und der ausschließlichen Verrechnung von Aktienveräußerungsverlusten mit Aktienveräußerungsgewinnen (§ 20 Abs. 6 S. 4 EStG) weitere Verlustverrechnungsbeschränkungen eingefügt worden.

Danach wird die Verlustverrechnung im Privatvermögen auf (jeweils) 20.000 € jährlich begrenzt bei Verlusten

- aus dem Ausfall von Kapitalanlagen (ab 2020) und
- aus Termingeschäften (ab 2021).

Verluste aus Termingeschäften sind zusätzlich nur noch mit Gewinnen aus Termingeschäften und aus Stillhaltergeschäften verrechenbar.

Nach § 20 Abs. 6 Satz 5 EStG wird die Verrechnung von Verlusten aus Termingeschäften in zweifacher Hinsicht eingeschränkt. Zum einen dürfen diese Verluste nur noch mit Gewinnen aus Termingeschäften und mit Erträgen aus Stillhaltergeschäften verrechnet werden. Zum anderen ist die Verrechnung auf jährlich 20.000 € begrenzt. Die eingeschränkte Verlustverrechnung gilt nur für die Veranlagung, nicht verrechnete Verluste können auf Folgejahre vorgetragen werden und je Folgejahr wiederum nur jeweils bis zur Höhe von 20.000 € mit Gewinnen aus Termingeschäften und Erträgen aus Stillhaltergeschäften verrechnet werden.

Nach § 20 Abs. 6 S. 6 EStG dürfen Verluste

- aus der ganzen oder teilweisen Uneinbringlichkeit einer Kapitalforderung
- aus der Ausbuchung wertloser Wirtschaftsgüter i. S. des § 20 Abs. 1 EStG
- aus der Übertragung wertloser Wirtschaftsgüter i. S. des § 20 Abs. 1 EStG auf einen Dritten
- aus dem sonstigen Ausfall von Wirtschaftsgütern i. S. des § 20 Abs. 1 EStG

ebenfalls nur noch bis insgesamt 20.000 € jährlich - allerdings mit sämtlichen der 25 %igen sog. Abgeltungsteuer unterliegenden Kapitalerträgen i.S.d. § 20 EStG - verrechnet werden. Nicht verrechnete Verluste können vorgetragen und je Folgejahr wiederum nur bis 20.000 € mit Einkünften aus Kapitalvermögen verrechnet werden.

Die eingeschränkte Verlustverrechnung ist bereits auf Verluste anzuwenden, die ab 2020 realisiert werden (§ 52 Abs. 28 EStG). Die Verlustverrechnungsbeschränkung nach § 20 Abs. 6 S. 6 EStG gilt ebenfalls nur für die Veranlagung, ist also beim Kapitalertragsteuerabzug nicht zu beachten.

Da die Umsetzung auf Ebene der Banken umfangreich ist und von der Finanzverwaltung erst Ende 2020 konkretisiert wurde, hat sie den Banken mit BMF-Schreiben vom 27.08.2020 eine Übergangsregelung bzw. Nichtbeanstandungs-regelung gewährt:

Demnach wird es nicht beanstandet, wenn beim Kapitalertragsteuerabzug für 2020 Verluste aus ausgeknockten Zertifikaten und aus ausgeknockten / verfallenen Optionsscheinen in den Verlustverrechnungstopf „Sonstige“ gestellt werden.

Ab 1. Januar 2021 dürfen Verluste aus ausgeknockten Zertifikaten, verfallenen Optionen, den vom Stillhalter gezahlten Barausgleich und ausgeknockten / verfallenen Optionsscheinen nicht mehr in den Verlustverrechnungstopf „Sonstige“ eingestellt werden.

Ab dem 1. Januar 2022 erfolgt die Umsetzung von § 20 Abs. 6 S. 5 und 6 EStG auf der Grundlage der noch zu veröffentlichenden BMF-Schreiben „Einzelfragen zur Abgeltungsteuer“ und „Ausstellung von Steuerbescheinigungen nach § 45a Absatz 2 und 3 EStG“.

I.R. der Veranlagung sind ab dem Veranlagungsjahr 2020 die geänderten Vorgaben des § 20 Abs. 6 S. 5 und 6 EStG hinsichtlich der Deklaration von Verlusten durch den Steuerpflichtigen zu berücksichtigen.

1.9 Ehegattenübergreifende Verlustverrechnung

Seit dem Kalenderjahr 2010 ist die ehgattenübergreifende Verlustverrechnung gem. § 43a (3) Satz 2, 2. Halbsatz EStG möglich. Voraussetzung für diese Verlustverrechnung ist, dass es sich um zusammen veranlagte Ehegatten handelt, die dem Kreditinstitut gegenüber einen gemeinsamen Freistellungsauftrag erteilt haben. Dieser Freistellungsauftrag kann auch über 0 Euro gestellt werden. Wurde vor dem Kalenderjahr 2010 von den Ehegatten bereits ein gemeinsamer Freistellungsauftrag erteilt, so behält dieser seine Gültigkeit und führt ebenfalls zu einer gemeinsamen Verlustverrechnung. Die einzelnen Einkünfte der Eheleute und des evtl. vorhandenen Gemeinschaftskontos werden zuerst getrennt ermittelt. Einmalig zum Jahresende erfolgt dann die

Verrechnung der bestehenden Verlustüberhänge. Gleiches gilt für die Quellensteueranrechnung, sofern ein gemeinsamer Freistellungsauftrag vorliegt.

Die übergreifende Verlustverrechnung wird von der Bank immer am Jahresende durchgeführt. Dies hat zur Folge, dass bei Beendigung der gesamten Geschäftsbeziehung im laufenden Kalenderjahr keine ehегattenübergreifende Verlustverrechnung durchgeführt wird. Die bestehenden Verluste werden in der jeweiligen Jahressteuerbescheinigung ausgewiesen (bezüglich weiterer Informationen zur übergreifenden Verlustverrechnung wird auf die Hinweistexte zur Ertragnisaufstellung verwiesen).

1.10 Einkommensteuerliche Gleichstellung von Lebenspartnern mit Ehegatten

Beispiel einer ehегattenübergreifenden Verlustverrechnung

Von den Ehegatten wurde ein gemeinsamer Freistellungsauftrag über 0 Euro gestellt.

		<u>Ehemann</u>	<u>Ehefrau</u>
30.01.	Einnahmen	1.000 Euro	
15.05.	Verlust		-1.000 Euro
13.08.	Einnahmen		500 Euro
	Summe	1.000 Euro	-500 Euro
31.12.	Verlustverrechnung	-500 Euro	500 Euro
	Verbleiben	500 Euro	0 Euro

Mit Schreiben vom 31.07.2013 hat das BMF bestätigt, dass Lebenspartnerschaften die Möglichkeit haben, einen gemeinsamen Freistellungsauftrag zu erteilen und damit eine gemeinsame Verlustverrechnung beantragen zu können. Auf Ebene der Bank werden der gemeinsame Freistellungsauftrag und die damit verbundene Verlustverrechnung seit dem 01.01.2014 berücksichtigt.

1.11 Quellensteueranrechnung

Die anrechenbare ausländische Quellensteuer wird nach § 32d Abs. 5 EStG auf Ebene des Kreditinstitutes unter Beachtung des jeweiligen Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) und der geltenden innerstaatlichen Regelungen des jeweiligen ausländischen Staates bis zu einer Höhe von 25% berücksichtigt. Im Laufe eines jeden Jahres wird vom Bundeszentralamt für Steuern eine aktualisierte Übersicht der Sätze der anrechenbaren ausländischen Quellensteuer rückwirkend zum Stand 01.01. veröffentlicht. Die Bank hat die Änderungen gem. BMF-Schreiben vom 18.01.2016 Rz. 208a erst zum 01.07. des jeweiligen Kalenderjahres zu berücksichtigen. Ein nach der Verlustverrechnung und der Anwendung des Freistellungsauftrags bestehender Quellensteuer-Anrechnungsüberhang wird als „Summe der anrechenbaren noch nicht angerechneten ausländischen Quellensteuer“ ausgewiesen, damit dieser mit ggfs. anderweitig geschuldeter Kapitalertragsteuer in der Veranlagung verrechnet werden kann (vgl. Punkt 1.9. zur ehегattenübergreifenden Verlustverrechnung). Eine Erstattung ausländischer Quellensteuer ist nicht zulässig, ebenso wenig wie ein Vortrag auf das Folgejahr. Sofern auch eine Anrechnung der Quellensteuer auf Veranlagungsebene nicht möglich ist, verfällt die anrechenbare Quellensteuer. Der Abzug der anrechenbaren Quellensteuer von den Kapitalerträgen ist gesetzlich ausgeschlossen.

1.12 Fiktive Quellensteuern

Fiktive Quellensteuern werden gem. § 32d Abs. 5 EStG i. V. m. § 43a Abs 3 Satz 1 EStG im Rahmen des Kapitalertragsteuerabzugs angerechnet, sofern die Anrechnung (nach dem entsprechenden DBA) nicht an besondere Voraussetzungen gebunden ist. Sofern die Anrechnung an besondere Voraussetzungen gebunden ist, ist diese nur im Einzelfall im Rahmen der Veranlagung möglich.

1.13 Negative Quellensteuer

Wird eine anrechenbare ausländische Quellensteuer zu Lasten des Steuerpflichtigen korrigiert, entsteht ggf. durch diese Korrektur eine negative anrechenbare Quellensteuer, die zu einer Nachbelastung von Kapitalertragsteuer zzgl. SolZ und ggf. KiSt führt. Diese negative anrechenbare

Quellensteuer wird in der Summe der angerechneten ausländischen Steuer ausgewiesen. Die Belastung erfolgt direkt auf Bankenebene.

1.14 Allgemeine zeitliche Anwendungsregelungen

Grundsätzlich sind die Regelungen zur Abgeltungsteuer erstmals auf Erträge nach § 20 (1) EStG (z. B. Dividenden, Zinsen) anzuwenden, wenn sie dem Gläubiger nach dem 31.12.2008 zufließen. Gewinne aus einer Veräußerung von Anteilen unterfallen gem. § 52a (10) EStG den neuen Vorschriften, wenn die Anteile nach dem 31.12.2008 erworben werden. Die Differenz zwischen Veräußerungserlös und Anschaffungskosten von Finanzinnovationen im Sinne des alten Rechts unterliegt den Neuregelungen, sobald die Veräußerung oder Einlösung nach dem 31.12.2008 stattfindet. Für Zertifikate gelten nach § 52a (10) Sätze 6 bis 8 EStG besondere Übergangsregelungen. Für sogenannte Millionärsfonds, die nach dem 09.11.2007 erworben wurden, sind bei Rückgabe oder Veräußerung der Anteile bereits die Regelungen zur Abgeltungsteuer nach § 32d EStG anzuwenden. Hiervon sind ebenfalls Investmentvermögen betroffen, bei denen die Beteiligung natürlicher Personen durch Gesetz, Satzung, Gesellschaftsvertrag oder Vertragsbedingung von der Sachkunde des Anlegers abhängt oder für die eine Mindestanlagesumme von 100.000 Euro vorgeschrieben ist. Ein Kapitalertragsteuerabzug nach § 8 (6) InvStG findet nicht statt.

1.15 Ungültigkeit von Freistellungsaufträgen ohne Steuer-Identifikationsnummer ab 01.01.2016

Ein Freistellungsauftrag kann nach §44a Absatz 2a Satz 1 EStG nur noch auf Bankenebene Berücksichtigung finden, wenn der Gläubiger der Kapitalerträge seine Identifikationsnummer i. S. d. §139b AO mitgeteilt hat. Bei Ehegatten, die einen gemeinsamen Freistellungsauftrag erteilt haben, müssen die Identifikationsnummern beider Ehegatten vorliegen. Sollten die Identifikationsnummern nicht vorliegen, sind die gestellten Freistellungsaufträge ab dem 01.01.2016 unwirksam.

Von einem Steuerabzug auf Kapitalerträge kann unter Berücksichtigung eines gestellten Freistellungsauftrags nur Abstand genommen werden, sofern diese Kapitalerträge einem unbeschränkt einkommensteuerverpflichtigen Gläubiger zufließen gem. §44 Abs.1 S.1 EStG i. V. m. §44a Abs.1 S. 1 Nr. 3 EStG. Die Verlustverrechnung auf Bankenebene ist der Anrechnung des Freistellungsauftrags auf Kapitalerträge vorzuziehen. Es werden also die dem Steuerabzug unterliegenden Kapitalerträge zuerst mit einem Verlust und danach mit Freistellungsvolumen aus einem Freistellungsauftrag verrechnet.

1.16 Erstattung der Kapitalertragsteuer bei nachträglich bekannt gewordenen Steuerbefreiungstatbeständen

Durch das Zollkodexanpassungsgesetz vom 22. Dezember 2014 wurde für Kapitalerträge, die nach dem 31.01.2014 zufließen der §44b Abs.5 EStG um den Satz 3 ergänzt. Hiernach besteht für Banken die Verpflichtung, für bis zum Zeitpunkt der technischen Erstellung der Steuerbescheinigung – spätestens bis zum 31. Januar des Folgejahres – eingereichte

- Bescheinigungen nach §43 Absatz 2 Satz 4 EStG
- Freistellungsaufträge nach §44a Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 EStG
- Nichtveranlagungs- Bescheinigungen nach §44a Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 EStG
- Bescheinigungen nach §44a Absatz 4 Satz 3 EStG, Absatz 5 Satz 4 EStG oder
- betriebliche Freistellungserklärungen nach §43 Absatz 2 Satz 3 Nummer 2 EStG

für bereits besteuerte Kapitalerträge zu korrigieren.

Gem. BMF Schreiben vom 31. August 2015 besteht für aufgelöste Konten und Depots keine Verpflichtung, nachträglich eingereichte Nichtveranlagungs- Bescheinigungen und Freistellungsaufträge zu berücksichtigen.

1.17 Jahressteuerbescheinigung nach Muster III für beschränkt steuerpflichtige Gläubiger von Kapitalerträgen

Beschränkt steuerpflichtige Gläubiger erhalten seit dem Jahr 2012 eine Steuerbescheinigung nach Muster III ausgestellt. Gegen Vorlage dieser Steuerbescheinigung beim Bundeszentralamt für Steuern kann die Erstattung der einbehaltenen Kapitalertragsteuer zzgl. Solidaritätszuschlag beantragt werden.

1.18 Korrekturen beim Kapitalertragsteuerabzug – sogenannte Deltakorrekturen

Korrekturen beim Kapitalertragsteuerabzug für Vorjahre sind nur mit Wirkung für die Zukunft, d. h. nach den Verhältnissen zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens des Fehlers vorzunehmen vgl. § 43a (3) Satz 7 EStG.

Abweichend von dieser Regelung kann das Kreditinstitut einheitlich für alle Anleger bis zum 31.01. des Folgejahres Korrekturen für das vorangegangene Kalenderjahr vornehmen.

Bei der sogenannten Deltakorrektur hat die auszahlende Stelle nicht auf die rechtliche Zuordnung zum Zeitpunkt des Steuerabzugs, sondern auf die rechtliche Zuordnung zum Zeitpunkt der durchgeführten Deltakorrektur abzustellen.

Die sogenannte Deltakorrektur findet keine Anwendung bei:

- Anlegern, deren Kapitalerträge Betriebseinnahmen sind
- Steuerausländern
- Korrektur der Ersatzbemessungsgrundlage (auf Punkt 2.1 der Hinweistexte wird verwiesen)

Korrekturen bei Erträgen aus Anteilen an ausländischen Investmentvermögen, soweit bei der Rückgabe von Anteilen an diesen Fonds ein akkumulierter Ertrag dem Steuerabzug unterlegen hat, gemäß § 7 (1) Satz 1 Nummer 3 InvStG

- Steuerpflichtigen, die die Geschäftsbeziehung mit der auszahlenden Stelle beendet haben, ohne die Wertpapiere auf ein anderes Institut übertragen zu haben.

Beispiel

Der Kunde erhält eine Ausschüttung einer Kapitalgesellschaft über 100 Euro im Jahr 01, die in voller Höhe als steuerpflichtige Dividende behandelt wird. Im Jahr 02 erfolgt die Korrektur des Dividendenbetrags auf 50 Euro. In Höhe von weiteren 50 Euro lag eine nicht steuerbare Kapitalrückzahlung vor. Insoweit ergibt sich eine Minderung der Anschaffungskosten für die Anteile.

Die Aktien sind im Jahr 02 noch im Bestand des Kunden. Das Kreditinstitut hat einen allgemeinen Verlust in Höhe von 50 Euro im Jahr 02 einzubuchen. Außerdem sind die Anschaffungskosten um 50 Euro zu mindern.

1.19. Änderungen bei Nichtveranlagungsbescheinigung NV03 gem. § 44a Absatz 7 EStG

Seit dem 01.01.2018 wird die NV03, entsprechend der § 44a Abs. 7 S. 1 Nr. 1 bis -3 EStG durch die Ausprägungen der NV35, 36 und 37 ersetzt. Noch gültige NV03, die bis zum 31.12.2017 ausgestellt wurden, gelten bis zum Ablauf ihrer Gültigkeit fort. Anleger gem. § 44a Abs. 7 S. 1 Nr. 1 EStG (Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG), deren Kapitalerträge im Sinne des § 43 Abs. 1 S. 1 Nr. 1a EStG bisher durch eine NV03 uneingeschränkt freigestellt worden sind, erhalten zukünftig bei Vorliegen der Voraussetzungen eine NV35. Bei Kapitalerträgen des § 43 Abs. 1 S. 1 Nr. 1a EStG, die einen jährlichen Freibetrag von 20.000 EUR übersteigen, wird ein Steuerabzug von 15% vorgenommen.

Diese Regelung zur NV35 gilt ebenfalls bei Vorlage eines Feststellungsbescheides nach § 60a AO sowie eines Freistellungsbescheids gem. § 5 Nr. 9 KStG i. V. m. § 44a Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 EStG.

Nichtveranlagungsbescheinigungen der NV-Art 36 und 37 stellen weiterhin Kapitalerträge gem. § 43 Abs. 1 S. 1 Nr. 1a EStG uneingeschränkt von der Besteuerung frei. Zusätzlich gilt die uneingeschränkte Freistellung für Freistellungsbescheide gem. § 5 Nr. 9 KStG i. V. m. § 44a Abs. 7 Satz 1 Nr. 2 und 3 EStG. Nichtveranlagungsbescheinigungen der NV-Art 36 und 37 werden weiterhin von der Besteuerung der Kapitalerträge gem. § 43 Abs. 1 S. 1 Nr. 1a EStG uneingeschränkt freigestellt. Gemäß BMF-Schreiben vom 23.01.2019 werden dabei unrichtig erteilte Nichtveranlagungsbescheinigungen der NV-Arten 36 und 37 für ab dem 1. Januar 2019 zufließende Kapitalerträge auf Bankenebene wie Nichtveranlagungsbescheinigungen der NV-Art 35 behandelt.

2. Besonderheiten

2.1 Ersatzbemessungsgrundlage

Kann bei der Ermittlung des Veräußerungsgewinns keine zutreffende Bemessungsgrundlage für den Steuerabzug ermittelt werden, ist stattdessen eine sogenannte Ersatzbemessungsgrundlage anzuwenden. Insbesondere die folgenden Sachverhalte werden in der Jahressteuerbescheinigung als Ersatzbemessungsgrundlage i. S. d. § 43a Abs. 2 Satz 7, 10 und 13 EStG ausgewiesen:

- Veräußerungen oder Einlösungen, bei denen die Anschaffungsdaten nicht nachgewiesen sind und somit 30 Prozent der Einnahmen aus der Veräußerung oder Einlösung als Bemessungsgrundlage für den Kapitalertragsteuerabzug angesetzt werden.
- Veräußerungen oder Einlösungen, bei denen kein Börsen- oder Rücknahmepreis vorliegt und somit 30 Prozent der Anschaffungskosten als Bemessungsgrundlage für den Kapitalertragsteuerabzug angesetzt werden.

Die Ersatzbemessungsgrundlage wird als Bruttobetrag, d. h. vor Verlustverrechnung und vor Berücksichtigung eines Freistellungsauftrags, und unabhängig von einem Kapitalertragsteuerabzug ausgewiesen. Der Steuerpflichtige kann durch eine Erklärung gegenüber dem Finanzamt und Vorlage von entsprechenden Unterlagen in der Veranlagung eine Korrektur dieser Ersatzbemessungsgrundlage nach § 32d Abs. 4 EStG vornehmen lassen (vgl. auch Rz. 194 im BMF-Schreiben vom 18.01.2016).

2.2 Depotüberträge

Bei einem Depotübertrag werden einzelne oder sämtliche Wertpapiere eines Depots auf ein anderes Depot bei dem gleichen oder einem anderen Kreditinstitut übertragen.

Für Zwecke des Kapitalertragsteuerabzugs gilt eine Übertragung auf einen anderen Gläubiger als Veräußerung der übertragenen Wertpapiere gem. § 43 Abs. 1 S. 4 EStG. Für Besteuerungszwecke führt der Übertrag bei dem abgebenden Depotinhaber zu Veräußerungsgewinnen oder -verlusten aus den übertragenen Wertpapieren und kann somit eine Besteuerung mit Kapitalertragsteuer, Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer zur Folge haben. Die Bemessungsgrundlage für den Steuerabzug im Rahmen der „fiktiven Veräußerung“ ist mit dem niedrigsten Börsenpreis vom Vortag der Übertragung (zzgl. ggf. Stückzinsen) zu ermitteln. Beim aufnehmenden Depotinhaber liegen in dieser Höhe Anschaffungskosten der übertragenen Wertpapiere vor; Stückzinsen oder Zwischengewinne werden wie bei einem Kauf in den Verlusttopf eingestellt.

Hingegen gilt ein Depotübertrag mit Gläubigerwechsel nicht als Veräußerung, wenn der Depotinhaber dem Kreditinstitut mitteilt, dass eine unentgeltliche Übertragung gem. § 43 Abs. 1 S. 5 EStG vorliegt. Die unentgeltlichen Übertragungen hat die abgebende Bank dem Betriebsstättenfinanzamt mitzuteilen.

Wird ein Wirtschaftsgut vom Einzeldepot eines Ehegatten auf ein Gemeinschaftsdepot der Ehegatten (oder umgekehrt) oder auf ein Einzeldepot des anderen Ehegatten übertragen, gilt dies für Zwecke des Kapitalertragsteuerabzugs als unentgeltliche Übertragung im Sinne des § 43 Abs. 1 S. 5 und 6 EStG, die von der abgebenden Bank dem Betriebsstättenfinanzamt mitzuteilen ist.

Im Falle einer Erbschaft liegt ein Depotübertrag mit Gläubigerwechsel vor, bei dem die Anschaffungsdaten bei einem Übertrag von einem ausländischen Institut gem. Rz. 193 BMF-Schreiben vom 12.04.2018 in keinem Fall übernommen werden dürfen.

Werden Wertpapiere von einem Depotinhaber auf ein anderes Depot des identischen Depotinhabers übertragen, handelt es sich um einen Depotübertrag ohne Gläubigerwechsel. Wie bei dem unentgeltlichen Depotübertrag (z.B. Schenkung), werden die Anschaffungsdaten der Wertpapiere vom abgebenden Kreditinstitut dem aufnehmenden Kreditinstitut mitgeteilt und vom aufnehmenden Institut fortgeführt. Sofern es sich bei der abgebenden auszahlenden Stelle um ein Kreditinstitut mit Sitz in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union handelt, kann der Nachweis der Anschaffungsdaten nur mittels Bescheinigung des ausländischen Instituts geführt werden. Bei Depotüberträgen von einem ausländischen Institut mit Sitz außerhalb der vorgenannten Staaten ist nach § 43 Abs. 2 S. 6 EStG ein Nachweis der Anschaffungsdaten im Rahmen des Steuerabzugsverfahrens nicht zulässig. Es kommt in diesen Fällen zur Anwendung der Ersatzbemessungsgrundlage. Eine Berichtigungsmöglichkeit besteht ausschließlich im Veranlagungsverfahren auf Antrag nach § 32 Abs. 4 EStG.

Werden Wertpapierleihe-, Wertpapierpensions- oder Repogeschäfte durchgeführt, liegt unabhängig von der zivilrechtlichen Abwicklung einkommensteuerrechtlich in allen Varianten ein Depotübertrag auf einen anderen Gläubiger (Depot des Verleihers auf Depot des Entleihers) vor, der als Veräußerung i. S. d. § 43 Abs. 1 S. 4 EStG ausgelegt wird. Ist das depotführende Institut als Ent- oder Verleiher in den Leihvorgang eingeschaltet, sind die Leihvorgänge steuerneutral zu behandeln.

2.3. Veräußerungsbegriff (§20 Absatz 2 Satz 2 EStG)

Gem. BMF Schreiben vom 10.05.2019 stellt § 20 Absatz 2 Satz 2 EStG klar, dass als Veräußerung neben der entgeltlichen Übertragung des – zumindest wirtschaftlichen – Eigentums auch die Abtretung einer Forderung, die vorzeitige oder vertragsmäßige Rückzahlung einer Kapitalforderung oder die Endeinlösung einer Forderung oder eines Wertpapiers anzusehen ist. Entsprechendes gilt für die verdeckte Einlage von Wirtschaftsgütern im Sinne des § 20 Absatz 2 EStG in eine Kapitalgesellschaft. Die Sicherungsabtretung ist keine Veräußerung im Sinne dieser Vorschrift. Eine Veräußerung im Sinne des § 20 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 EStG ist weder von der Höhe der Gegenleistung noch von der Höhe der anfallenden Veräußerungskosten abhängig (BFH- Urteil vom 12. Juni 2018, VIII R 32/16, BStBl 2019 II S. 221).

2.4 Erträge inländischer und ausländischer Investmentfonds

Die Grundsätze der Fondsbesteuerung bleiben durch die Einführung der Abgeltungsteuer unberührt. Es wird weiterhin zwischen steuerpflichtigen ausgeschütteten und ausschüttungsgleichen (thesaurierten) Erträgen unterschieden, wobei der Umfang der ausschüttungsgleichen Erträge jedoch erweitert wurde, damit der evt. anfallende Kirchensteuerabzug vorgenommen werden kann. Ausländische thesaurierende Fondserträge müssen zudem noch für den Kapitalertragsteuerabzug in Höhe von 25 Prozent zzgl. Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer im Veranlagungsverfahren angegeben werden. Ausländische thesaurierende Investmentfonds, deren ausschüttungsgleiche Erträge zum Zeitpunkt der Erstellung der Jahresenddokumente nicht bekannt sind, entnehmen Sie bitte der in der Jahressteuerbescheinigung enthaltenen Tabelle unter dem Ankreuzfeld „Im Zeitpunkt der Erstellung dieser Bescheinigung waren nicht alle Erträge, der für Sie im Bescheinigungszeitraum verwahrten ausländischen thesaurierenden Investmentfonds bekannt“. Hierbei handelt es sich nicht um eine abschließende Aufzählung der ausländischen Investmentfonds, nicht enthalten sind die ausländischen Investmentfonds, die sich beispielsweise durch Ihre Gattungsdaten nicht als eindeutigen ausländischen Investmentfonds einordnen lassen.

2.5 Options- und Termingeschäfte

Gewinne aus Termingeschäften i. S. d. § 20 (2) Nr. 3a und b EStG unterliegen gem. § 43 (1) Satz 1 Nr. 11 EStG dem Kapitalertragsteuerabzug. Hierunter fallen Termingeschäfte durch die ein Differenzausgleich, Barausgleich oder durch den Wert einer veränderlichen Bezugsgröße ein bestimmter Geldbetrag erlangt wird. Auch die Veräußerung eines Finanzinstruments, welches als Termingeschäft ausgestaltet ist, hierunter fällt insbesondere die Verkaufs- oder Kaufoption, werden unter § 20 (2) Satz 1 Nr. 3b EStG erfasst. Die Bemessungsgrundlage bildet hier der erzielte Gewinn. Das heißt bei Termingeschäften, die unter § 20 (2) Satz 1 Nr. 3a EStG fallen, ist dies der Differenzausgleich oder der durch den Wert einer veränderlichen Bezugsgröße bestimmte Geldbetrag oder Vorteil abzüglich der Aufwendungen, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit dem Termingeschäft stehen (z. B. Transaktionskosten) gem. § 20 (4) Satz 1 EStG. Bei Veräußerungsgeschäften i. S. d. § 20 (2) Satz 1 Nr. 3b EStG ermittelt sich der Gewinn aus der Differenz zwischen Anschaffungskosten und Veräußerungspreis. Nebenkosten werden berücksichtigt. Weitere Einzelheiten sind den Rz. 9 bis 47 des BMF-Schreibens vom 22.12.2009 zu entnehmen.

Lässt der Inhaber der Kaufoption bzw. Inhaber der Verkaufsoption diese am Ende der Laufzeit verfallen, sind die für den Erwerb der Option entstandenen Aufwendungen bei der Ermittlung des Gewinns (oder des Verlusts) i.S. von § 20 Abs. 4 S. 5 EStG gem. BMF-Schreiben vom 16.06.2016 zu berücksichtigen. Wurden Optionsscheine oder Zertifikate vor einer wertlosen Ausbuchung zu einem symbolischen Preis von beispielsweise 0,01/0,001 Euro veräußert, wird ein aus diesen Geschäften resultierender Veräußerungsverlust in den Verlustverrechnungstopf „Sonstige“ eingestellt und steuermindernd berücksichtigt (gem. BMF- Schreiben vom 18.01.2016 Rz. 59). Unter Berücksichtigung der Änderung durch das BMF-Schreiben vom 16. Juni 2016 wird von der Finanzverwaltung nicht beanstandet, dass die Änderungen der Rz. 27 und 32 auf Bankenebene erst zum 01.01.2017 Anwendung finden. Der Steuerpflichtige kann durch Erklärung gegenüber dem Finanzamt und Vorlage von entsprechenden Unterlagen in der Veranlagung eine Korrektur der Sachverhalte aus 2016 vornehmen lassen.

2.6 Besteuerung von American Depositary Receipts (ADR) auf inländische Aktien

Mit Schreiben vom 24.05.2013 hat das BMF dargelegt, dass es zu einem Gewinn bzw. einem Verlust aus einem privaten Veräußerungsgeschäft gem. §§ 22 Nr. 2, 23 (1) Satz 1 Nr. 2 EStG kommen kann, wenn einem ADR-Inhaber infolge von Währungsschwankungen ein höherer oder niedrigerer Betrag in Euro gutgeschrieben wird, der nicht der auf Euro lautenden inländischen Dividende entspricht. Steuerpflichtig ist der höhere oder niedrigere Differenzbetrag zwischen der ADR-Gutschrift und der inländischen Dividende.

2.7. Fremdwährungsgeschäfte

Fremdwährungsgeschäfte, die außerhalb des Depotbereichs getätigt wurden, sind in der Bescheinigung nicht enthalten, es wurden aber Einzelabrechnungen erstellt. Die steuerliche Beurteilung der Fremdwährungsgeschäfte ist von dem Steuerpflichtigen bzw. seinem Steuerberater selbst vorzunehmen. Diesbezüglich verweisen wir auf das BMF-Schreiben vom 25.10.2004.

2.8. Entrichtungspflichtiger für die Kapitalertragsteuer – Bindungswirkung von Verwaltungsanweisungen für Kreditinstitute beim Kapitalertragsteuerabzug

Der Regelungsbereich des § 44 Abs. 1 S. 3 EStG wurde zuletzt im Rahmen von OGAW-IV-UmsG vom 22.06.2011 ergänzt und regelt, wer für die Entrichtung der Kapitalertragsteuer verantwortlich ist. Hinsichtlich der in § 43 EStG genannten Kapitalerträge legt § 44 Abs. 1 S. 3 EStG zwei Personenkreise fest, denen die Verantwortung für die Entrichtung der Kapitalertragsteuer im Einzelfall obliegt. Für Kapitalerträge i.S.d. § 43 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, 2 bis 4 sowie 7a und 7b und § 43 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 S. 2 EStG ist der Schuldner der Kapitalerträge bzw. die für den Verkäufer der Wertpapiere den Verkaufsauftrag ausführende Stelle für den Steuerabzug verantwortlich. Für Kapitalerträge i.S.d. § 43 Abs. 1 S. 1 Nr. 1a, 6, 7 und 8 bis 12 sowie S. 2 EStG liegt die Verantwortung für den Steuerabzug bei der die Kapitalerträge auszahlenden Stelle. Aufgrund der Systematik der Abgeltungsteuer haben die Kreditinstitute als Organe der Steuererhebung die Rechtsauffassung der Finanzverwaltung hinsichtlich des Kapitalertragsteuereinhalts anzuwenden (vgl. BT-Drs. 17/3549 S. 6).

3. Sonderfälle

Unter diesen Punkt werden Sonderfälle aufgeführt, deren materiell-steuerpflichtige Beurteilung durch den Steuerpflichtigen bzw. dessen Steuerberater noch selbst zu erfolgen hat.

3.1 Liquidation von Investmentfonds

Gutschriften im Rahmen von Liquidationen von Investmentfonds sind als Veräußerung berücksichtigt worden, sodass grundsätzlich ein Steuerabzug vorgenommen wurde. Die materiell-steuerpflichtige Beurteilung dieser Zahlung ist von dem Steuerpflichtigen bzw. seinem Steuerberater selbst vorzunehmen.

3.2 Teilliquidation von Investmentfonds

Sofern Gutschriften im Rahmen von Teilliquidationen von WM-Daten als Substanzausschüttungen gemeldet werden, unterliegen diese nicht dem Steuerabzug, sondern mindern die Anschaffungskosten.

Gutschriften im Rahmen von Teilliquidationen von Investmentfonds, die nicht als Substanzausschüttungen vom Dienstleister WM-Datenservice gemeldet werden, sind als Veräußerung berücksichtigt worden, sodass grundsätzlich ein Steuerabzug vorgenommen wurde. Die materiell-steuerpflichtige Beurteilung dieser Zahlung ist zum jetzigen Zeitpunkt ungeklärt und ist von dem Steuerpflichtigen bzw. seinem Steuerberater selbst vorzunehmen.

3.3 Liquidation von Zertifikaten

Gutschriften aus Liquidationen von Zertifikaten sind nach der Meldung des Datenlieferanten der Kreditwirtschaft, WM-Datenservice, als *steuerfreie/steuerpflichtige* Liquidation ohne Reduzierung des Bestands gemeldet. Für Zwecke des Kapitalertragsteuerabzugs hat die Bank diese Zahlung der Meldung entsprechend als *steuerfreien/steuerpflichtigen* Ertrag abgerechnet. Die materiell-steuerpflichtige Beurteilung dieser Zahlung ist von dem Steuerpflichtigen bzw. seinem Steuerberater selbst vorzunehmen.

3.4 Teilliquidationen von Zertifikaten

Gutschriften aus Teilliquidationen von Zertifikaten sind nach der Meldung des Datenlieferanten der Kreditwirtschaft, WM-Datenservice, als *steuerfreie/steuerpflichtige* Teilliquidation mit Reduzierung des Bestands veröffentlicht. Die Anschaffungskosten wurden um die Teilrückzahlung auf max. 0 Euro reduziert. Ein eventuell verbleibender Restbetrag wurde als Veräußerungsgewinn ausgewiesen.

3.5 Teilweise Tilgung der Kapitalforderung in bar

Sehen die Emissionsbedingungen von vornherein eine eindeutige Angabe zur Tilgung in bar oder in Stücken vor und wird entsprechend am Ende der Laufzeit verfahren, stellt der Barausgleich gem. BMF-Schreiben vom 09.10.2012 Rz. 107 Einnahmen aus Kapitalvermögen i. S. d. § 20 Abs. 4 Satz 1 EStG dar. Auf Ebene der Bank werden die Kapitalerträge analog zu Rz. 106 des BMF-Schreibens vom 09.10.2012 als Kapitalerträge i. S. d. § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG behandelt. Erfolgt zum Zeitpunkt der Endfälligkeit keine Zahlung mehr, so liegt zum Zeitpunkt der Endfälligkeit kein veräußerungsgleicher Vorgang im Sinne des § 20 Abs. 2 EStG vor. Für Zertifikate, für die im Zeitpunkt der Endfälligkeit keine Zahlungen vorgesehen ist, weil der Basiswert eine nach den Emissionsbedingungen vorgesehene Bandbreite verlassen oder das Verlassen der Bandbreite zu einer (vorzeitigen) Beendigung des Zertifikats (z. B. bei einem Zertifikat mit „Knock-out-Struktur“) ohne weitere Kapitalrückzahlungen geführt hat, liegt gemäß BMF-Schreiben vom 16.09.2019 eine Einlösung und damit ein veräußerungsgleicher Tatbestand im Sinne des § 20 Abs. 2 EStG vor. Die materiell-steuerrechtliche Beurteilung dieser Zahlung ist von dem Steuerpflichtigen bzw. seinem Steuerberater selbst vorzunehmen.

3.6. Barausgleich beim Anteilstausch

Gem. Rz. 100a des BMF-Schreibens vom 12.04.2018 ist der gezahlte Barausgleich anlässlich eines Anteilstauschs für vor dem 01. Januar 2009 erworbenen Anteilen nicht gem. § 20 Abs. 4a S. 2 EStG in eine einkommensteuerpflichtige Dividende umzuqualifizieren. Dies gilt dann, wenn die Anteile wegen Ablaufs der einjährigen Haltefrist bereits steuerentstrickt waren (BFH-Urteil vom 20. Oktober 2016, VIII R 10/13. BStBl 2017 II S. 262).

Die Änderungen der Rz. 100a kann bei Kapitalerhöhungen nach dem 31.12.2018 für die Kapitalertragsteuererhebung auf Bankenebene erstmals ab dem 01. Januar 2019 angewendet werden (Rz. 324 BMF-Schreiben vom 12.04.2018). Eine Berichtigungsmöglichkeit offener Fälle besteht im Veranlagungsverfahren. Die steuerliche Beurteilung ist von dem Steuerpflichtigen bzw. seinem Steuerberater vorzunehmen.

3.7 Schätzthesaurierung zum 30.04.2018 gem. § 56 Absatz 7 InvStG

Für Investmentfonds, die zum 31.12.2018 ein Rumpfwirtschaftsjahr bilden mussten gem. § 56 Abs.7 InvStG, wurden Schätzthesaurierungen bis zum 30.04.2018 über WM veröffentlicht. Diese wurden Grundlage für den Kapitalertragsteuerabzug; eine Korrektur mit den zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlichten tatsächlichen Thesaurierungen wird auf Bankenebene nicht vorgenommen. Der Steuerpflichtige kann durch Erklärung gegenüber dem Finanzamt und Vorlage der vom Fonds veröffentlichten Thesaurierung eine Korrektur der Besteuerung der Schätzthesaurierung in der Veranlagung vornehmen lassen.

3.8 Kapitalmaßnahme Air Liquide S.A. (Frankreich) im Jahr 2019

Die Kapitalmaßnahme von Air Liquide S.A. (Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln) vom 07.10.2019 wurde mangels Weisung des BMF von der Bank initial als steuerpflichtige Kapitalmaßnahme abgewickelt. In diesem Rahmen wurden die neuen eingebuchten Aktien als steuerpflichtige Sachdividende behandelt.

Gemäß dem nachfolgend veröffentlichten BMF-Schreiben vom 11. Juni 2020 liegen nach den Feststellungen der von den obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder vorgenommenen Prüfung für die Kapitalmaßnahme von Air Liquide S.A. im Jahr 2019 die Voraussetzungen einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln nach §§ 1, 7 KapErhStG vor. Die Folge daraus war, dass die Anschaffungskosten der betroffenen Aktien und der vorgenommene Kapitalertragsteuerabzug zu korrigieren waren.

Die Bank hat zu Ende 2020 mittels Stornierung und Neuabrechnung die notwendigen steuerlichen Korrekturen (anteilige Übertragung der Anschaffungskosten und des Anschaffungsdatums von den Alt- auf die Neuaktien, ggf. Kapitalertragsteuererstattung) der Maßnahme und ggf. von Folgetransaktionen vorgenommen, sofern sich die Aktienbestände noch in dem Depot befanden. Sollte eine Korrektur z.B. aufgrund einer bereits erfolgten Veräußerung oder Übertragung auf ein anderes Kreditinstitut auf Bankenebene nicht mehr möglich gewesen sein, so kann der Steuerpflichtige eine Prüfung und ggf. Erstattung der anlässlich der Kapitalmaßnahme einbehaltenen Kapitalertragsteuer durch Erklärung und Vorlage entsprechender Unterlagen in der Einkommensteuerveranlagung geltend machen.

4. Wesentliche Änderungen in der Investmentfondsbesteuerung ab 01.01.2018

Mit dem Investmentsteuerreformgesetz (InvStRefG) wird mit Wirkung zum 01.01.2018 eine grundlegende Reform der Investmentbesteuerung eingeführt. Es werden zwei voneinander unabhängige Besteuerungssysteme für Investmentfonds und Spezial-Investmentfonds eingeführt. Das bisherige "transparente" System wird dadurch abgeschafft und durch eine pauschale Besteuerung auf Anlegerebene ersetzt. Für Spezial-Investmentfonds bleibt es grundsätzlich bei den bisherigen (semi-)transparenten Besteuerungsregelungen.

Ziel der Reform soll die Beseitigung europarechtlicher Bedenken gegenüber der bis 31.12.2017 gültigen Investmentbesteuerung, die Vermeidung von Gestaltungsanfälligkeiten und die Schaffung eines einfachen und aufkommenssicheren Investmentbesteuerungssystems sein.

Der Übergang zum neuen Investmentsteuerrecht wird durch eine Veräußerungsfiktion aller Investmentfondsanteile zum 31. Dezember 2017 und einer fiktiven Anschaffung zum 1. Januar 2018 umgesetzt. Der Gewinn ist jedoch erst später im Zeitpunkt der tatsächlichen Veräußerung der Fondsanteile zu versteuern. Erst dann wird Kapitalertragsteuer auf den Gewinn aus der fiktiven Veräußerung erhoben.

Die so genannte steuerliche Transparenz, welche für eine weitgehende Gleichstellung von Fondsinvestment und Direktanlage sorgt, wird mit Wirkung zum 31.12.2017 zu Gunsten einer vereinfachten, so genannten intransparenten Besteuerung aufgegeben.

Auf Fondsebene unterliegen ab dem 1.1.2018 bestimmte inländische Einkünfte der Körperschaftsteuer. Zu diesen Einkünften, die in- und ausländische Fonds versteuern müssen, zählen insbesondere Dividendeneinkünfte sowie Einkünfte aus der Vermietung und Veräußerung von Immobilien.

Als Ausgleich für diese steuerliche Vorbelastung auf Fondsebene werden die Erträge aus bestimmten Fonds bei den Anlegern teilweise von der Besteuerung freigestellt. Die Teilfreistellungen werden für Erträge aus Aktienfonds (mind. 50 % Aktien), Mischfonds (mind. 25 % Aktien) und Immobilienfonds (mind. 50 % Immobilien) gewährt. Die Höhe der Freistellung liegt zwischen 15 % und 80 %. Die Höhe der Teilfreistellung liegt je nach Anlegertyp und Art des Fonds zwischen 15 % und 80 %. Die Anrechnung ausländischer Steuern erfolgt dabei auf um den Teilfreistellungssatz gekürzten Ertrag. Die Steuerbefreiungen nach § 8b KStG oder § 3 Nr. 40 EStG sind dagegen nicht anwendbar.

Bei den Fondserträgen, die die Anleger versteuern müssen, handelt es sich um Ausschüttungen, Vorabpauschalen und Veräußerungsgewinne. Die Vorabpauschalen ersetzen dabei die ausschüttungsgleichen Erträge nach aktuellem Recht. Durch die Vorabpauschalen sollen nicht ausgeschüttete Erträge des Fonds beim Anleger steuerlich erfasst werden. Anders als die ausschüttungsgleichen Erträge werden die thesaurierten Erträge im Rahmen der Vorabpauschalen aber nicht konkret ermittelt, sondern mittels eines von der Bundesbank berechneten Zinssatzes pauschal geschätzt.

Für Anlagen in Spezialfonds gelten einige Besonderheiten: Grundsätzlich besteht für Spezialfonds ein Wahlrecht, ob die Besteuerung nach dem neuen intransparenten oder weiterhin nach dem transparenten Besteuerungssystem erfolgen soll. Wenn das transparente Besteuerungssystem gewählt wird, gelten im Wesentlichen die gegenwärtigen Besteuerungsregeln mit gewissen Modifikationen fort.

Die Jahressteuerbescheinigung ist nach den Verlautbarungen und Erläuterungen der Finanzverwaltung erstellt worden.